

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
28.09.2023
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Hans-Jörg Fedder
Telefon-Nr.
02202-141321

Niederschrift

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
Sitzung am Dienstag, 22.08.2023

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 20:08 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 23.05.2023 - öffentlicher Teil**
0366/2023
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Nachverfolgung aller wesentlichen Beschlüsse analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0390/2023
- 7 Klimaschutzkonzept mit Handlungsfeld Klimaanpassung**
0319/2023
- 8 Lärmkartierung der Runde 4 für Bergisch Gladbach nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie**
0425/2023
- 9 Sachstand zur Erarbeitung des Hitzeaktionsplanes für Bergisch Gladbach**
0371/2023
- 10 Umsetzung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.01.384 / 01.01.385 / 01.01.386 / 01.01.387 / 01.01.392 / 01.02.39 - "Friedrich-Offermann-Komplex"**
0429/2023
- 11 Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes Gierather Straße**
0434/2023
- 12 Maßnahmenbeschluss zur Vergabe des Rahmenvertrages Bodenkundliche Leistungen für Maßnahmen des Abwasserwerkes**
0420/2023
- 13 Satzung über die Aufwandsentschädigung, den Auslagenersatz, den Verdienstausfall und die Förderung des Ehrenamtes für die ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr Bergisch Gladbach**
0446/2023
- 14 Erneuerung Skatepark an den Otto-Hahn-Schulen: Bericht zu den Workshops zur Beteiligung der Nutzergruppen**
0441/2023
- 15 Anträge der Fraktionen**
- 15.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2023 zur Anbringung von Abfallbehältern**
0471/2023
- 15.2 Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 21.07.2023 zur Einrichtung eines Runden Tisches nach Vorliegen eines Gutachtens zur Untersuchung des Starkregenereignisses im Juli 2021**
0444/2023
- 15.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.07.2023 zur Beseitigung bestehender Schmutzecken im Bereich der Kath. Grundschule Bensberg**
0454/2023
- 15.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 01.08.2023 zur Beseitigung des Personalmangels bei der Abfallsammlung**
0461/2023

16 Anfragen der Ausschussmitglieder

16.1 schriftliche Anfragen

16.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.06.2023 zur Situation der Abfallentsorgung
0409/2023

16.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.06.2023 zur Inanspruchnahme des Förderprogramms des Landes NRW zur Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden
0372/2023

16.1.3 Anfrage der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 21.07.2023 zum Starkregenereignis im Juli 2021 im Bereich Gierath
0460/2023

16.1.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 31.07.2023 zur Verbesserung des Schutzes vor Extremniederschlagsereignissen
0455/2023

16.2 mündliche Anfragen

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Wagner, eröffnet die 16.Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung (AIUSO) in der zehnten Wahlperiode und begrüßt alle Anwesenden. Frau Casper werde von Herrn Padberg vertreten. Herr Wagner stellt fest, dass rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Wagner stellt fest, dass gegen die Niederschrift – öffentlicher Teil – keine Einwendungen erhoben wurden. Damit gilt sie als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 23.05.2023 - öffentlicher Teil 0366/2023

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Wagner teilt mit, dass der zu TOP Ö 8: Lärmkartierung der Runde 4 für Bergisch Gladbach nach der EU- Umgebungslärmrichtlinie angekündigte Vortrag wegen Krankheit ausfalle. Er werde in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses am 17.10.2023 behandelt. Dagegen werden im Ausschuss keine Einwendungen erhoben.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Flügge informiert über das Tool „Wasser-Risiko-Check“ der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, welches jetzt auch für Bergisch Gladbach anwendbar sei. Es handele sich um Beratungsangebot für Bürgerinnen und Bürger, deren Informationen zur Überflutungsvorsorge und zum Katastrophenschutz beitragen würden. Der „Wasser-Risiko-Check“ sei unverbindlich, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen nutzbar.

Herr Dekker ergänzt, dass die Nutzer ihre Adress- und bestimmte Gebäudedatendaten eingeben müssten.

Frau Leveling begrüßt, solche Tools mit einer Selbstermächtigung an die Hand zu bekommen. Dies diene auch dem Klimaschutz.

Herr Nollen trägt folgende Mitteilungen vor:

1. Die Planungen für den Spielplatz Schwerfelstraße als Folgeprojekt der Sofortschule In der Außen befänden sich in der Entwurfsphase. Mit der Kirche als Eigentümerin bestehe ein grundsätzliches Einvernehmen zur Nutzung der Fläche. Es müssten aber noch abschließende vertragliche Regelungen getroffen werden. Da es sich um eine dringliche Maßnahme handele, werde sie ohne die übliche Bürgerbeteiligung umgesetzt.
2. Zum Spielplatz auf dem Peter-Bürding-Platz und dessen Nachrüstung mit zwei Federwipptieren sei Ende Juli die Genehmigung der Immobilienverwaltung erteilt worden. Die Vergabe der notwendigen Arbeiten werde zeitnah durchgeführt.

3. Die Vergabe für den Mehrgenerationenpark sei heute dem Bürgermeister zur Genehmigung vorgelegt worden. Die Angebote hätten alle um die zuletzt vorgelegte Kostenschätzung gelegen. Derzeit sei nicht mit einer Kostensteigerung zu rechnen. Anlässlich des ersten Spatenstichs solle nochmals auf die Spendenaktion hingewiesen werden.

6. **Nachverfolgung aller wesentlichen Beschlüsse analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0390/2023

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

7. **Klimaschutzkonzept mit Handlungsfeld Klimaanpassung**
0319/2023

Herr Wagner macht darauf aufmerksam, dass nach seiner Erinnerung Einvernehmen darüber erzielt wurde, diesen Punkt erst im Hauptausschuss bzw. Rat zu behandeln.

Frau Kaul erklärt, der Inklusionsbeirat begrüße das Konzept und die darin beschriebenen Maßnahmen. Sie spreche sich dafür aus, Menschen mit Behinderung und ihre Bedürfnisse stets mitzudenken und einzuplanen, um später notwendige Änderungen zu vermeiden. Als Beispiele nenne sie die Erhöhung von Bordsteinkanten, die mobilitätseingeschränkte Menschen bei der Straßenquerung vor Probleme stellen. Die Errichtung von Ladesäulen führe für sitzende oder kleinwüchsige Menschen regelmäßig vor Probleme der Erreichbarkeit und Bedienbarkeit. Auch der Ausbau des ÖPNV sei nur eingeschränkt barrierefrei.

Gegen eine Behandlung im Hauptausschuss werden von den Ausschussmitgliedern keine Bedenken erhoben.

8. **Lärmkartierung der Runde 4 für Bergisch Gladbach nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie**
0425/2023

Dieser Punkt wird in der Ausschusssitzung am 17.10. behandelt, siehe TOP Ö 4.

9. **Sachstand zur Erarbeitung des Hitzeaktionsplanes für Bergisch Gladbach**
0371/2023

Herr Dr. Bothe findet die zweite Phase mit der Möglichkeit, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, spannender. Er bitte vorab darum, dass die Verwaltung auf Maßnahmen den Fokus lege, wo sie für den Bürger einen Beitrag leisten könne, die zunehmenden Hitzeereignisse zu ertragen. Bevor Hauseigentümern Vorschriften hinsichtlich der Gestaltung ihrer Vorgärten gemacht würden, solle die Stadt z. B. die Fällung von Straßenbäumen überdenken. Auch solle die Stadt über die Begrünung anderer Flächen oder Gewässermaßnahmen nachdenken.

Für Herrn Ebert ist es klar, dass die Stadt die Initiative ergreifen müsse, eine Kartierung der Hitzeorte vorzunehmen und dann vorzuschlagen, was man dagegen tun könne. Dies habe zum einen den Aspekt, wie sich jeder persönlich vor den Einwirkungen der Hitze schützen könne. Dazu gebe es Beratungen und Hinweise.

Zweiter Aspekt sei, kühle Orte anzubieten und Maßnahmen einzufordern, um Hitzeinseln zu vermeiden. Hitzeinseln gebe es an den Stellen, wo Grün fehle. In besonders gefährdeten Straßen gingen immer mehr Vorgärten verloren. Hier müssten Stadt und Bürger zusammen Lösungen erarbeiten.

In der letzten Ausführung Herrn Dr. Bothes sehe er ein Beispiel für „Whataboutism“ („die Technik oder Praxis, auf eine Anschuldigung oder eine schwierige Frage mit einer Gegenfrage zu antworten oder ein anderes Thema aufzugreifen“). Erfolgversprechender sei für ihn, möglichst alle Möglichkeiten gleichzeitig auszuschöpfen.

Herr Dr. Waniczek spricht sich für die Ermittlung vergleichbarer Zahlen der Kältetoten und der Hitzetoten aus; in den Wintermonaten würden mehr Menschen sterben als in den Sommermonaten. Herr Wagner sieht hier keine Vergleichsmöglichkeiten. Bei Kältetoten denke er an Obdachlose, die in der kalten Jahreszeit draußen leben würden. Hitzetote würden Schutz suchen und trotzdem an den Folgen der Hitze sterben.

Frau Kaul bittet darum, bei der Verbreitung von Informationen auch an Menschen mit Behinderungen (leichte Sprache, Gebärdensprache) zu denken.

Die Vorlage wird mit diesen Ausführungen zur Kenntnis genommen.

10. **Umsetzung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.01.384 / 01.01.385 / 01.01.386 / 01.01.387 / 01.01.392 / 01.02.39 - "Friedrich-Offermann-Komplex"**
0429/2023

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. **Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes Gierather Straße**
0434/2023

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.261 Gierather Straße Regenwasserbehandlungsanlagen A 71, A 105“ wie beschrieben.

12. **Maßnahmenbeschluss zur Vergabe des Rahmenvertrages Bodenkundliche Leistungen für Maßnahmen des Abwasserwerkes**
0420/2023

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst ohne Diskussion folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt den Abschluss eines Rahmenvertrages „Bodenkundliche Leistungen“ für Maßnahmen des Abwasserwerkes für die Dauer von vier Jahren.

13. **Satzung über die Aufwandsentschädigung, den Auslagenersatz, den Verdienstausschluss und die Förderung des Ehrenamtes für die ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr Bergisch Gladbach**
0446/2023

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Die Satzung über die Aufwandsentschädigung, den Auslagenersatz, den Verdienstausschluss und die Förderung des Ehrenamtes für die ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr Bergisch Gladbach wird in der vorgestellten Fassung beschlossen.

14. Erneuerung Skatepark an den Otto-Hahn-Schulen: Bericht zu den Workshops zur Beteiligung der Nutzergruppen
0441/2023

Herr Lobermeier ist der Überzeugung, dass es mehr solcher Flächen für die sportliche Betätigung der Bevölkerung in der Stadt bedürfe.

Mit dieser Anmerkung wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

15. Anträge der Fraktionen

15.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2023 zur Anbringung von Abfallbehältern
0471/2023

Herr Lucke bedankt sich für den Antragsteller für die Umsetzung. Der Antrag sei damit erledigt.

15.2. Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 21.07.2023 zur Einrichtung eines Runden Tisches nach Vorliegen eines Gutachtens zur Untersuchung des Starkregenereignisses im Juli 2021
0444/2023

Herr Freitag begründet den Antrag seiner Fraktion.

Herr Wagner (Abwasserwerk) erinnert an die wiederholten Äußerungen, einem Runden Tisch aufgeschlossen gegenüberzustehen. Bei den Ausführungen zur Steuerung des Beckens handele es sich um einen Wunsch des Antragstellers, der weitergetragen werden könne. Die Federführung gegenüber einem anderen, völlig eigenständigen Wasserverband könne nicht durchgesetzt werden. Die Stadt Bergisch Gladbach und der Strundeverband würden ihre Kenntnisse aber selbstverständlich in die Gespräche mit den anderen Beteiligten einbringen.

Herr Ebert begrüßt die Einrichtung eines Runden Tisches besonders für die Betroffenen.

Herr Lucke verweist darauf, dass verschiedene Akteure über die Stadtgrenzen hinaus eine Rolle spielen würden. Daher sei die Idee eines Runden Tisches gut und sinnvoll. Er sehe den Sinn des Antrags darin festzustellen, wie die interkommunale Abstimmung besser werden könne.

Herr Freitag stellt klar, es gehe ihm nicht um die Federführung Bergisch Gladbach im Runden Tisch. Auf eine weitere Bemerkung hin erklärt Herr Dekker, Mitglieder des Zweckverbands Rechtsrheinischer Kölner Randkanal wären die Städte Köln und Bergisch Gladbach. Auf den Stadtentwässerungsbetrieb der Stadt Köln (StEB), der u. a. das Rückhaltebecken Diepeschraath unterhalte, habe die Stadt Bergisch Gladbach keinen Einfluss.

Auf Anfrage Herrn Laschets bestätigt Herr Dekker, die Stadt Bergisch Gladbach sei mit 49% am Zweckverband Rechtsrheinischer Kölner Randkanal beteiligt. Der Rat habe beschlossen, dass Herr Flügge die Stadt Bergisch Gladbach dort vertrete; Herr Wagner sei dessen Vertreter.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Stadtverwaltung wird im Benehmen mit allen beteiligten Akteuren (Wupperverband, Strundeverband, Zweckverband Rrh. Kölner Randkanal, StEB Köln, Abwasserwerk Bergisch Gladbach) nach Vorliegen des Gutachtens der beauftragten Firma Hydrotec zur Untersuchung des Starkregenereignisses im Juli 2021 einen Runden Tisch einrichten, bei dem die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, in ihrer Vertretung insbesondere der Bürgerverein Gierath-Schlodderdich beteiligt werden.

15.3. Antrag der CDU-Fraktion vom 25.07.2023 zur Beseitigung bestehender Schmutzkecken im Bereich der Kath. Grundschule Bensberg
0454/2023

Herr Lucke begründet den Antrag seiner Fraktion.

Herr Ebert möchte wissen, ob die Stadt über Konzepte der Polizei informiert sei. Es werde immer wieder anekdotisch berichtet, dass Handys und Bekleidung „abgezogen“ würden. Herr Dekker sagt eine schriftliche Beantwortung zu; der zuständige Fachbereich sei in der heutigen Sitzung nicht vertreten.

Herr Laschet sieht als Hauptprobleme Alkohol- und Drogenkonsum. Darum müssten sich die sozialen Stellen der Stadtverwaltung kümmern.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

1. Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Schmutzkecken im Bereich der Kath. Grundschule Bensberg zu beseitigen:
 - a. Durchgang von der Eichelstraße zum Erna-Klug-Weg
 - b. Rasengrundstück im Durchgang Eichelstraße zur Pehलगasse
 - c. Notfalltreppe der Sporthalle
 - d. Abgang neben der Sporthalle
2. Das städtische Ordnungsamt soll zudem die o. g. Bereiche der Kath. Grundschule Bensberg regelmäßig kontrollieren.

15.4. Antrag der CDU-Fraktion vom 01.08.2023 zur Beseitigung des Personalmanagements bei der Abfallsammlung
0461/2023

Herr Lucke begründet den Antrag seiner Fraktion und geht auf die Anfrage zu demselben Thema ein. Er erwarte Antworten, wie die Lücken beim Personal auch im Hinblick auf zukünftige Krankheits- und Urlaubsausfälle bis zur nächsten Sitzung geschlossen werden.

Herr Dekker erklärt, zuständig für die Erstellung eines Personalkonzeptes sei der Hauptausschuss. Derzeit seien zwölf Beschäftigte krank und fünf in Urlaub. Heute seien erstmals wieder alle Fahrzeuge ausgefahren.

Letzte Woche sei das Angebot eines externen Personaldienstleisters eingegangen, der vier oder fünf Lader kurzfristig zur Verfügung stellen konnte. Dazu habe er die Zustimmung des Bürgermeisters eingeholt. Inzwischen konnten alle offenen Stellen besetzt werden. Wegen einzuhaltender Kündigungsfristen können erst bis zum 01.09. bzw. 01.11. alle offenen Stellen tatsächlich besetzt werden.

Herr Zenz bestätigt, dass die Altkleidercontainer wieder ordnungsgemäß geleert würden. Der Sperrmüll solle bis Mitte nächster Woche abgeholt worden sein. Die Abarbeitung der Papiertonnen würde aufgrund der Menge der Tonnen länger dauern. Ab Montag könne ein weiteres externes Fahrzeug in Dienst genommen werden.

Frau Leveling kritisiert, dass in jedem Jahr auftretende Probleme wie Ferienzeiten frühzeitig vorgebeugt werden könnten.

Frau Dr. Steinmetzer erinnert daran, dass der hohe Krankenstand seit Monaten bekannt sei. Auch sei sie der Auffassung, dass die Verwaltung auf absehbare Schwierigkeiten wie Urlaubszeiten flexibler reagieren sollte.

Weiterhin führe die Kombination aus Überwüchsen und dauerhaft abgestellten Papiertonnen zur Verkehrsunsicherheit. Durch Überwüchse und abgestellte Mülltonnen seien die Gehwege nicht

mehr für Grundschulkinder und mobilitätseingeschränkte Personen nutzbar. Sie sei dazu übergegangen, die Mülltonnen auf die Straße zu stellen.

Auch Herr Ebert ist der Auffassung, dass zum Ausgleich absehbarer Personalausfälle rechtzeitig neues Personal eingestellt werden könne.

Herr Maus bittet darum, der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, schnell und unkompliziert zu handeln; der Verwaltung solle ein schnelleres Vorgehen ohne Vorratshaltung ermöglicht werden.

Herr Dekker führt aus, dass die 14 Stellen von der EBGL in den Abfallwirtschaftsbetrieb überführt worden seien. Das bis zum 30.06. zu erstellende Konzept beziehe sich auf die Auflösung der EBGL. Dies sei nicht Aufgabe des Abfallwirtschaftsbetriebes, sondern des Bereiches Personal/Organisation.

Frau Leveling vermisst im Antwortschreiben (S. 319 ff der Einladung) die Angabe, wann die Anfrage an den Fachbereich 1 gestellt wurde.

Herr Dekker weist bezüglich der vorangegangenen Diskussion auf erfolglose Ausschreibungen vor allem zur Gewinnung von Ladern hin. Er sei bisher davon ausgegangen, dass die Einschaltung eines Personaldienstleisters zur Gewinnung neuen Personals dem Ratsbeschluss widerspreche.

Herr Ebert erklärt, die viel zu hohen Overhead-Kosten seien hauptsächlicher Grund für die Auflösung der EBGL. Er halte es für möglich, die Aufgaben innerhalb eines halben Jahres im Abfallwirtschaftsbetrieb zu organisieren. Es widerspreche auch nicht der Beschlusslage, sich eines Personaldienstleisters zu bedienen. Dies sei weniger teuer als die Overhead-Kosten.

Herr Laschet möchte wissen, ob es inzwischen ein dokumentiertes Konzept gebe und wie die Kernverwaltung nach Abstimmung mit dem Fachbereich 1 und dem Personalrat zukünftig sicherstellen werde, dass es nicht mehr zu einer Situation wie in diesem Sommer kommen werde. Außerdem würde er es begrüßen, wenn der Bevölkerung mitgeteilt würde, sobald bekannt sei, wann die Rückstände abgearbeitet würden. Abschließend bitte er um Auskunft, ob die Verwaltung noch die Notwendigkeit sehe, kurzfristig das beantragte Konzept zu erstellen. Seine Frage, ob heute ein deckungsgleicher Beschluss zu fassen sei, beantwortet Herr Dekker dahingehend, dass heute das Personal des Abfallwirtschaftsbetriebes Beratungsgegenstand sei. Der Beschluss des Rates betreffe die Auflösung der EBGL zum 31.12.2023.

Auf Anfrage Herrn Kirchs nach der Zuständigkeit für diesen Antrag der CDU-Fraktion erklärt Herr Dekker, fände der Antrag eine Mehrheit, werde die Verwaltung prüfen, ob der AIUSO oder der Hauptausschuss zuständig sei.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit neun Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Fraktion Freie Wählergemeinschaft und einer Stimme aus der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen drei Stimmen der SPD-Fraktion bei vier Enthaltungen aus der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag der CDU-Fraktion wird angenommen.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

16.1. schriftliche Anfragen

16.1.1. Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.06.2023 zur Situation der Abfallentsorgung 0409/2023

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

16.1.2. Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.06.2023 zur Inanspruchnahme des Förderprogramms des Landes NRW zur Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden 0372/2023

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

16.1.3. Anfrage der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 21.07.2023 zum Starkregenereignis im Juli 2021 im Bereich Gierath 0460/2023

Herr Freitag stellt folgende Nachfragen:

- Zu Frage 1 seiner Fraktion:

Die vorliegenden Zwischenergebnisse zum Gutachten der Firma Hydrotec seien anderen Stellen bereits vorgestellt worden, aber der Stadt Bergisch Gladbach noch nicht. Er wolle gerne wissen, warum nicht. *(Zu dieser Frage wird auf die nachgereichte Vorlage, hier die Antwort zu Frage 1 hingewiesen.)*

- Zur Frage 3 seiner Fraktion:

Bei dem Warnsystem gehe es hauptsächlich um den Kippunkt des Regenrückhaltebeckens Kieppemühle. Herr Köhler habe sich in einer der letzten Sitzungen bereiterklärt darüber nachzudenken, wie man eine zeitliche Bemessungsgrundlage erarbeiten könne. Ihn interessiere der Sachstand.

- Zur Frage 8 seiner Fraktion:

Da die Stadt die Frage nicht beantworten konnte, wolle er wissen, ob Herr Flügge als Vertreter Bergisch Gladbachs beim Rechtsrheinischen Kölner Randkanal eine Antwort geben könne.

Herr Köhler verweist auf die originäre Zuständigkeit des Strundeverbandes, des Abwasserwerks etc. für die Gewässer. Der Feuerwehr obliege die Gefahrenabwehr. Wie in der Vorlage ausgeführt, stehe der Strundeverband mit Büros in Kontakt, um ein professionelles System zu entwickeln. Über den Digitalisierungsbeauftragten der Stadt habe sich über die FHDW ein System „Internet of Things“ ergeben, wobei es sich um ein lokales Netzwerk handle. In Bergisch Gladbach existiere dieses System in Teilen. Auf den Feuerwachen Süd und Nord gebe es je einen Gateway. Ein weiterer Gateway werde in Schildgen installiert. Damit verfüge die Stadt Bergisch Gladbach über ein eigenes W-Lan-Netz. Als nächster Schritt würden auf den städtischen Feuerwehrhäusern Sensoren montiert, die kontinuierlich Auskunft über Windgeschwindigkeit, Regen, Niederschlagsmenge etc. geben. Dadurch würden in Echtzeit notwendige Angaben geliefert. Als weiterer Schritt, der bereits von der FHDW erprobt werde, gebe es Pegelmessungen in den Zuläufen und den Becken. Diese Daten müssten auch bewertet werden. Er vermute, dass im ersten Quartal für das Regenrückhaltebecken Kieppemühle und Teile der Strunde aussagefähige Ergebnisse vorliegen. Er warne vor zu häufigen Warnungen.

Herr Wagner verweist auf die schriftliche Beantwortung der beiden anderen gestellten Fragen.

Herr Wagner (Abwasserwerk) verweist darauf, er habe nicht in der Hand, wem wann Zwischenergebnisse zum Gutachten der Firma Hydrotec vorgestellt würden. Daher würde er die Frage dazu auch nicht beantworten. Er würde die Frage an den Rechtsrheinischen Kölner Randkanal weitergeben, der dann auch eine Antwort erteilen werde.

Die Frage, die sich auf das Betriebshandbuch beziehe, könne ebenfalls nur vom Rechtsrheinischen Kölner Randkanal beantwortet werden. Die StEB sei vom Rechtsrheinischen Kölner Randkanal mit der Handhabung beauftragt.

Mit diesen Anmerkungen wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

16.1.4. Anfrage der FDP-Fraktion vom 31.07.2023 zur Verbesserung des Schutzes vor Extremniederschlagsereignissen
0455/2023

Herr Laschet verweist auf das berechtigte Interesse aller Ausschussmitglieder, mit allen Interessierten, Beteiligten und Betroffenen zu kommunizieren. Er erwarte u. a., dass Vertreter zuständigen Verbände und Gremien in diesen Ausschuss eingeladen würden.

Dazu führt Herr Wagner (Abwasserwerk) aus, was als Folge des Starkregenereignisses seitens der Stadt Bergisch Gladbach unternommen wurde. Bereits vor den vorliegenden Fragestellungen habe die Stadt Bergisch Gladbach die Einrichtung eines Runden Tisches zur Sprache gebracht.

Auf Anfrage Frau Mohrs, ob man bei der Firma nachfragen könne, wann mit Ergebnissen zu rechnen sei, erklärt Herr Wagner (Abwasserwerk), die lange Verfahrensdauer sei auch für die Stadt Bergisch Gladbach unbefriedigend. Die Problematik bestehe darin, dass viele Kommunen betroffen wären, aber nur wenige Büros qualitativ und quantitativ derlei Aufträge abarbeiten könnten. Vor Oktober/November sei nicht mit Ergebnissen zu rechnen.

Mit diesen Anmerkungen wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

16.2. mündliche Anfragen

Frau Dr. Steinmetzer weist auf den Zustand des Weges am ehemaligen Marktkauf-Gebäude hin. Dieser Weg (*von der Paffrather Straße Richtung S-Bahn*) gehört ihres Wissens nach dem Eigentümer des Gebäudes. Auf dem gesamten Weg liegen sehr viele Glasscherben. Die Nische an der Fluchttüre sei völlig zugemüllt. Sie wolle wissen, ob die Stadt auf den Eigentümer einwirken könne, zumindest das Gefahrenpotential, aber auch die hygienisch bedenkliche Situation zu beseitigen. Wenn dies nicht der Fall sei, würde sie gerne wissen, ob die Stadt selber reinigen könne. Der Bereich sei für die Öffentlichkeit zugänglich.

Herr Flügge sagt eine Beantwortung mit der Niederschrift zu.

Herr Laschet fragt nach Neuigkeiten zur Projektsteuerung des Abwasserbeseitigungskonzeptes.

Herr Dr. Waniczek lobt den Runden Tisch zum Thema Antriebe. Die Zusendung der Folien zu diesem Runden Tisch sei zugesagt worden. Ihm seien diese Folien noch nicht zugegangen.

Bei diesem Vortrag sei festgestellt worden, dass es um die Emissionen vor Ort gehe, aber nicht um die Gesamtemissionen. Er bitte nochmals um die Benennung der gesetzlichen Grundlagen.

Dazu erklärt Herr Dekker, die Niederschrift befinde sich in der abschließenden Abstimmung. Sie werde in den nächsten Tagen verschickt.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, schließt Herr Wagner den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.10 Uhr und verabschiedet die Öffentlichkeit und die Presse. Er stellt die Nichtöffentlichkeit her.